

Austausch statt Ausrede

Rundreise zum Thema: Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch internationalen Bergbau

Michael Reckordt

Die Auswirkungen des Bergbaus in den Philippinen sind lokal häufig dramatisch. Sowohl bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle als auch kollektive Menschenrechte, wie der Schutz der Umwelt oder Indigene Rechte, werden durch Bergbauoperationen verletzt. Auch deutsche Akteure wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank fördern durch ihre Kredite oder Investitionen den Abbau von Rohstoffen und somit den Raubbau an Mensch und Umwelt.

Seit 2008 arbeitet das **philippinenbüro** daher zum Thema der Auswirkungen des Bergbaus und der Beteiligung deutscher Investoren, seit 2009 im Rahmen eines Projekts in Kooperation mit u.a. Misereor, Brot für die Welt, Stiftung Umverteilen und mit finanzieller Unterstützung des BMZ. Im Rahmen dieses Projekts luden das Büro im September 2011 Mario Maderazo von der *Anti-Mining Campaign* (AMC) des *Philippine Misereor Partnership* (PMP) nach Deutschland ein.

Im PMP sind über 300 kirchliche und nicht-kirchliche Organisationen der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. Seit 2009 arbeitet das PMP in der AMC, um dem Großbergbau entgegen zu wirken. Mario Maderazo ist Koordinator und versucht durch Netzwerk- und Lobbyarbeit in Manila die Rahmenbedingungen zugunsten der betroffenen Menschen zu verändern. So präsentierte der Koordinator u.a. den Gesetzentwurf für ein verbessertes Mineralienmanagement, die so genannte *Minerals Management Bill*.

In mehreren öffentlichen Veranstaltungen mit der Tageszeitung (taz), der Jugendkirchengruppe Barkadas und Amnesty International in Frankfurt konnte Mario Maderazo sein Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit vortragen.

Neben einem weiteren Gespräch mit der Deutschen Bank und einigen NGO-Vertreter/innen sollte die Reise auch genutzt werden, um der deutschen Politik die Auswirkungen ihrer neoliberalen, auf deutsche Wirtschaftsinteressen fokussierte Politik deutlich zu machen. Dafür trafen wir uns zum einen im Auswärtigen Amt mit den Menschenrechtsreferenten für Asien sowie der Philippinen-Referentin und den Menschenrechtsreferentinnen der Partei Die.Linke und den Grünen.

Ein direktes Resultat der Reise war eine »Kleine Anfrage« der Grünen-Fraktion im Bundestag zu der menschenrechtlichen Situation in den Philippinen. Dabei ist es vor allem unbefriedigend, dass in der Antwort auf die Frage, in wie weit die Bundesregierung gewährleistet, dass deutsche Investoren in den Philippinen die Wahrung der Menschenrechte beachten, eher ausweichend geantwortet wurde: »Die Bundesregierung unterstreicht, dass nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards nicht möglich ist. Sie tritt verstärkt dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft unternehmerisches Handeln an international anerkannten und Instrumenten und Initiativen wie den OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen

ausrichtet.«¹ Die erwähnten OECD-Leitsätze sind zwar momentan eines der weitreichendsten Instrumente – trotz fehlendem, verbindlichem Schutz für Menschenrechte – für Unterzeichnerstaaten, aber für die eigentlichen Akteure, die multinationalen Unternehmen, sind diese Leitsätze freiwillig.

Daher wird es auch in Zukunft wichtig sein, im Austausch mit philippinischen Aktivist/innen die Politik in den Philippinen, aber auch in Deutschland und Europa zu kritisieren und Verbesserungen zu verlangen.

Anmerkungen

- 1) Siehe unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17075/1707588.pdf>.

—Anzeige—



philippinenbüro (Hrsg.)
Lilli Breining, Michael Reckordt

Rohstoffrausch
Die Auswirkungen von Bergbau
in den Philippinen

Jetzt erhältlich im philippinenbüro für nur 9,- €.